Achim Meyer auf der Heide, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, über die Bafög-Diskussion

»Diese Lippenbekenntnisse kann ich nicht mehr hören«

UniSPIEGEL: Erst fordert der Bafög-Beirat der Bundesregierung eine Erhöhung von über zehn Prozent, dann beschließt das Kabinett eine Nullrunde, jetzt sind sich SPD und CDU plötzlich einig, dass es nun doch mehr Geld für Bafög-Empfänger geben soll. Blicken Sie noch durch?

KAY HERSCHELMANN

Meyer auf der Heide: Dieses Hin und Her ist ja nicht neu, das war auch bei der vorherigen Regierung so. In drei Bafög-Berichten hintereinander wurde jeweils eine Erhöhung vorgeschlagen und dann vom Kabinett abgelehnt. Ich kann die ständigen Lippenbekenntnisse zur Innovationsfähigkeit und zur Bedeutung der Bildung nicht mehr hören. Die sollen endlich mal loslegen!

UniSPIEGEL: Bleibt die Frage nach der Finanzierung.

Meyer auf der Heide: Die steigenden Steuereinnahmen wären hier sicher gut angelegt. Bafög-Zahlungen sind schließlich nicht nur eine Sozialleistung, sondern auch eine Zukunftsinvestition. Und das rechnet sich langfristig für unser Land.

UniSPIEGEL: Wann können Bafög-Empfänger denn mit mehr Geld rechnen?

Meyer auf der Heide: Im Moment scheint alles auf 2008 hinauszulaufen. Aber wer weiß – vielleicht steigt der Druck im Laufe der Debatte so stark, dass schon früher etwas passiert. Wir haben ja Verbündete: Die Familiengerichte gehen mittlerweile beim elternunabhängigen Unterhalt von 640 Euro pro Monat aus. 585 Euro Bafög-Höchstsatz, die wir im Moment haben, plus zehn Prozent macht 643 Euro. Wir sind mit unseren Vorstellungen also zum Glück nicht allein.

Erasmus / Neuer Rekord

Europameister im Ausland

Deutsche Studenten sind Europameister – zumindest im Auslandsstudium. Mit 23 848 Teilnehmern stellten sie im Hochschuljahr 2005/2006 die stärkste Fraktion im Erasmus-Programm der Europäischen Union, vor den Spaniern, Franzosen und Italienern. Beliebteste Ziele der deutschen Austauschstudenten waren Spanien, Frankreich und Großbritannien. Am mobilsten sind die BWL-Studenten: Sie griffen knapp ein Viertel der deutschen Erasmus-Förderung ab.

Das EU-Programm, benannt nach dem Philosophen Erasmus von Rotterdam, feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen. 31 Länder nehmen inzwischen daran teil. Pünktlich zum Jubiläum gab es eine gute Nachricht: Das Erasmus-Budget steigt in den kommenden Jahren deutlich, bis 2012 soll so die Zahl der geförderten Studenten verdoppelt werden. Auch die Zuschüsse werden aufgestockt: Schrittweise sollen sie auf 200 Euro im Monat hochgehen, bisher lag der deutsche Schnitt bei 121 Euro.

MAURITIUS IMAGES

Beliebtes Ziel deutscher Studenten: die Pariser Sorbonne

Bald sind Hochschulen Nichtraucherschutzgebiet

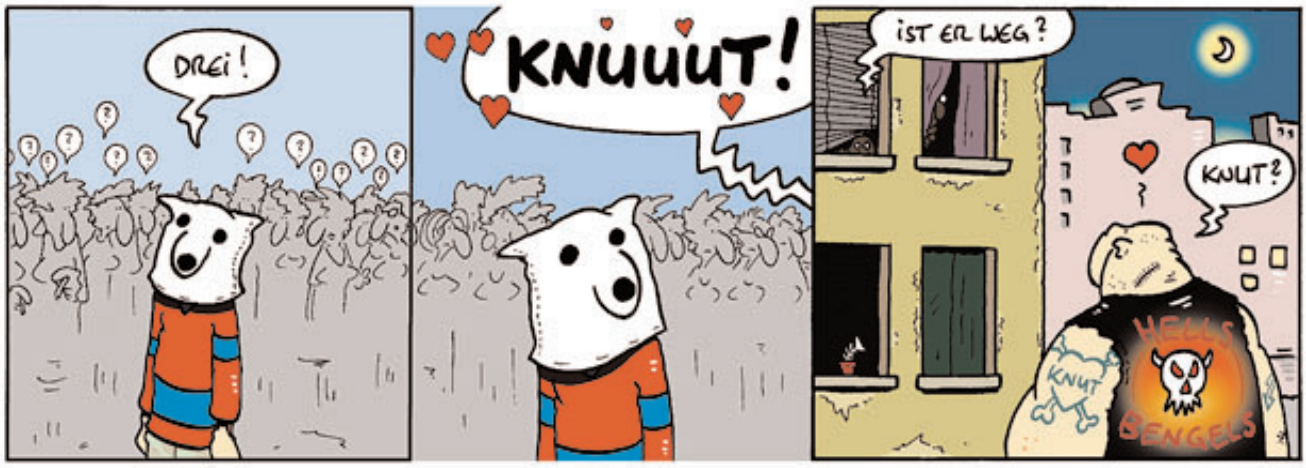
UWE ZUCCHI / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Rauchverbot / Ausgequalmt

Dunst-Schluss

Alle öffentlichen Gebäude sollen bald rauchfrei sein – darauf haben sich die Ministerpräsidenten der Länder im März verständigt. Dann muss auch der Qualm aus den Hochschulen verschwinden. Generelle Rauchverbote gingen dort bisher vor allem auf studentische Initiativen wie »Rauchfrei studieren« zurück. Mit unterschiedlichem Erfolg: Während es an den Unis Köln, Bochum oder Freiburg schon seit längerem heißt: »No Smoking!«, haben sich etwa die Unis in Tübingen oder Leipzig noch nicht zur Verbannung der Raucher durchringen können. »Es ist schwierig, Verbote zu erlassen, wenn man sie nicht kontrollieren oder sanktionieren kann«, sagt Nicola Klöß, Arbeitsschutzbeauftragte der Leipziger Uni. Einen weiteren Grund führt Thomas Hartmann, Gesundheitswissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal, an: »Die Bereitschaft, ein Rauchverbot zu erlassen, hängt auch sehr eng mit den eigenen Gewohnheiten der Hochschulleitung zusammen.« Spätestens mit den neuen Nichtrauchergesetzen sind die letzten Refugien der Raucher perdu: Erst rund die Hälfte der Cafeterien der Studentenwerke sind deutschlandweit rauchfrei, selbst in jeder 14. Mensa ist das Rauchen teilweise noch erlaubt. Mit gutem Beispiel gingen indes die Studentenwerke in Göttingen und Hamburg voran: Bereits seit vergangenem Semester herrscht in Göttingen striktes Qualmverbot, seit Anfang April auch in Hamburg, wo die letzten zwei von zwölf Mensen zum Nichtraucherschutzgebiet erklärt wurden.

Gebühren / Studentenschwund

Brain Drain auf dem Campus

Viele Hochschulen, die für das jetzt laufende Sommersemester erstmals von allen Studenten Gebühren verlangen, verzeichnen einen Rückgang ihrer Studierendenzahlen. So sind an der Uni Bonn mit 25 500 Studenten etwa 15 Prozent weniger immatrikuliert als im Sommersemester 2006, die Uni Heidelberg meldet einen Schwund im selben Zeitraum von mehr als zehn Prozent auf rund 22 400, und auch die Universität Köln erwartet einen ähnlichen Rückgang. Die Anzahl der Studienanfänger liegt indes vielerorts auf dem Niveau des Vorjahressemesters. »Die Lust, an die Uni zu gehen, hat unter den Gebühren anscheinend nicht gelitten«, sagt Patrick Honecker, Sprecher der Kölner Uni. Da der Schwund vor allem höhere Semester betrifft, gehen viele Hochschulen davon aus, dass es wieder zu einer »Karteibereinigung« durch die Gebühren gekommen ist. »Die neue Beitragspflicht zwingt alle Studierenden, zu entscheiden, ob sie ihr Studium noch ernsthaft verfolgen«, sagt der Bonner Uni-Rektor Matthias Winiger. Ähnliche Auswirkungen hatte bereits die Einführung der Langzeitstudiengebühren und Studienkonten. Auch in Österreich waren nach Erhebung der Studiengebühren 2001 die Studentenzahlen eingebrochen, inzwischen erleben die dortigen Unis aber einen Rekordandrang der Erstsemester. Viele deutsche Studenten dürften auch ausnutzen, dass sie nach der Exmatrikulation weiterhin mindestens ein Jahr das Recht haben, ihre Prüfung abzulegen, wenn sie scheinfrei sind.